

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 12

Artikel: Vor 30 Jahren : der Arbeiteraufstand in der DDR
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093550>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vor 30 Jahren: Der Arbeiteraufstand in der DDR

Am 17. Juni 1953 brach in Ostberlin der erste grosse Aufstand gegen ein kommunistisches Regime aus. Es war ein Aufstand der Arbeiterklasse. Er wurde mit sowjetischer Militärgewalt niedergeschlagen.

Der unmittelbare Anlass war eine Erhöhung der Leistungsnormen, das heisst eine Reallohnverkürzung, gegen welche die werktätigen Massen protestierten. Dann wurde der Protest sehr bald politisch und richtete sich gegen das System selbst und seine Lüge, die Arbeiterinteressen zu vertreten.

Unmittelbar nach Stalins Tod (am 5. März 1953) hatte die wirtschaftliche und soziale Spannung zugenommen. Die Kritik an den Methoden der Führung wurde im Frühjahr 1953 lebhafter, und sogar in Parteikreisen tauchte der von der Partei insgesamt angeprangerte «Sozialdemokratismus» auf. Aber die Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) wollte von keinen Konzessionen hören.

Unter den Bedingungen der uneingeschränkten stalinistischen Diktatur hatte man im ganzen Ostblock normalerweise eine Erhöhung der Leistungsnormen «auf Wunsch der Werktätigen» vorgenommen; die Machthaber liessen sich vom

Volke «wünschen», was sie zu tun ohnehin entschlossen waren. Nach Stalins Tod aber fühlte man sich der Stimme der Werktätigen nicht mehr so sicher. Man fürchtete, dass die Belegschaften nicht oder wenigstens nicht einstimmig bereit sein würden, ihre Schlechterstellung selber zu beantragen.

Also beschloss die Führung, diesmal die Leistungsnormen «administrativ» statt «freiwillig» zu erhöhen. Die Verkündigung einer zehnprozentigen Erhöhung erfolgte am 28. Mai 1953. Die Massnahme (weniger Lohn für gleiche Arbeit) löste unter den Arbeitern eine allgemeine Empörung aus, und im Unterschied zu früher gaben sie ihr auch Ausdruck.

Am 9. Juni wollte das Politbüro durch eine Anzahl von Versprechungen die Bevölkerung einigermassen beruhigen. Insbesondere stellte man in Aussicht, die Forcierung der Schlüsselindustrie auf Kosten des Lebensstandards zu bremsen und mehr in den Konsumsektor zu investieren.

Der Ausbruch

Hingegen dachte man nicht daran, die Normenerhöhung rückgängig zu machen. In der Gewerkschaftszeitung «Tribüne» vom 16. Juni nannte man sie vielmehr «in vollem Umfang richtig». Das wurde der unmittelbare Anlass zu Arbeiterdemonstrationen. Sie liessen sich zunächst friedlich an. Als aber Polizei und sowjetische Besatzungstruppen eingriffen, wurde ein Arbeiteraufstand daraus, und die sozialen Losungen waren politisch geworden. Bis der Ministerrat am 17. Juni um 15 Uhr bereit war, die Normenerhöhung zurückzunehmen, war es schon zu spät.

Von Berlin aus verbreiteten sich die Demonstrationen ungeheuer schnell, und noch am gleichen Tag war das ganze Land von ihnen erfasst. Die DDR wurde zum Schauplatz einer proletarischen Revolution gegen die sogenannte Arbeiterregierung.

Es blieb übrigens weitgehend beim spezifischen Arbeiteraufstand, dem sich noch die Jugend anschloss. Unter den Demonstranten gab es wenige Intellektuelle überhaupt, und noch weniger von ihnen aus der älteren Generation. Unter den Bauern kam es nur vereinzelt zu Unruhen. Die Mittelschichten des «Bürgertums» hielten sich fast völlig aus den Ereignissen heraus.

Viele Angehörige der Intelligenzia hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt bereits in die gesellschaftliche Hierarchie integrieren lassen und wollten ihre Privilegien nicht aufs Spiel setzen. Überdies mochte man sich in diesen Kreisen besser bewusst sein, dass «die Russen» der Sache bald ein Ende machen würden. Das aktive Element des Aufstandes war die Arbeiterjugend; die Demonstranten waren vorwiegend jüngere und junge Leute. In den Streikkomitees, die spontan gebildet wurden, war nahezu ausschliesslich die Generation der 25- bis 40jährigen vertreten, unter ihnen viele Mitglieder des Jugendverbandes FDJ (Freie Deutsche Jugend).

Ministerpräsident Grotewohl sprach nach der grausamen Niederschlagung des Aufstandes von 272 Ortschaften, in welchen gestreikt worden sei. Da sind es mit Sicherheit nicht weniger gewesen.

Der Aufstand der unbewaffneten Arbeiter hatte keine Chance. Die Panzer der sowjetischen Be-



satzungskräfte fuhren in den Strassen auf und besiegelten sein Schicksal.

Die Niederschlagung

Die sowjetischen Ortskommandanturen verkündeten den Kriegszustand. Auf Plakaten wurde angekündigt, wer gegen Befehle und Anweisungen der sowjetischen Militärbehörden verstosse, werde kriegsrechtlich zur Verantwortung gezogen.

Was die Zahl der Opfer angeht, gibt es unterschiedliche Angaben. Der Staatssicherheitsdienst der DDR meldete am 17. Juni selbst, den Tod gefunden hätten 4 Volkspolizisten, 2 Passanten und 19 Demonstranten. Die Verwundetenzahlen wurden von der gleichen Quelle so aufgeschlüsselt: 191 Angehörige der Sicherheitskräfte, 61 unbeteiligte Zivilisten und 126 Demonstranten.

Standrechtserschliessungen

Die wirklichen Zahlen sind viel höher. Nach einer andern Angabe («17. Juni 1953», München 1960) fanden 267 Demonstranten den Tod, 1067 wurden verletzt und 5143 gefangen genommen. Standrechtlich erschossen wurden 92 Personen. Auf seiten des Regimes wurden 116 Funktionäre getötet und 645 verletzt. Die Verluste der sowjetischen Truppen beliefen sich auf 18 Tote und 125 Verwundete.

Im Rahmen von Ausnahmeverfahren rechneten DDR- und Sowjet-Justiz noch lange mit der Bevölkerung ab. Vom 17. Juni bis Mitte November wurden 3618 Personen verhaftet; 2415 von ihnen entliess man nach zeitweiliger Haft ohne Gerichtsverfahren. Bis zum Jahresende waren 177 Personen abgeurteilt worden, und 576 befanden sich noch in Untersuchungshaft.

Während des Aufstandes war es in der Volkspolizei und in der Armee einigenorts zu Befehlsverweigerungen gekommen. Demzufolge verhaftete man auch etliche Polizisten und Soldaten. Einige wurden hingerichtet oder den Sowjets zur Aburteilung übergeben.

Friedenskrieg

Nach der Niederschlagung des Aufstandes suchten die ostdeutschen Behörden, die zuvor noch Selbstkritik geübt hatten, die ganze Verantwortung auf westliche Agenten, Abenteurer, Verräter oder verbrecherische Elemente abzuwälzen. Am 24. Juni gab «Neues Deutschland», die zentrale Parteizeitung, einem Grundsatzartikel den Titel «Der Abschaum der Menschheit – die Rädelsführer des faschistischen Putschversuchs». Alle Massenmedien, Radio inbegriffen, dankten

den Sowjettruppen für ihren heldenhaften Einsatz gegen die «Faschisten». Am 25. Juni schrieb beispielsweise die «Berliner Zeitung»: «Mit grosser Dankbarkeit und Worten höchster Achtung sprechen die Menschen in Halle von den sowjetischen Soldaten, die durch ihr diszipliniertes, besonnenes Handeln die Bevölkerung unserer Republik vor dem Krieg zu bewahren halfen.»

Ähnlich tönte es auch aus Moskau. «Zusammenbruch des Abenteurers ausländischer Agenten in Berlin.» Das war ein Titel der «Prawda» vom 23. Juni. Am 27. Juni war zu lesen: «Die Ereignisse in Berlin lehren die friedliebenden Völker Wachsamkeit und fordern von ihnen, dass sie ständig vor den Anschlägen der Friedensfeinde auf der Hut sind, dass sie die finsternen Pläne der Reaktion auch in Zukunft durchkreuzen. Die Werktätigen aller Länder und die gesamte fortschrittliche Menschheit werden mit noch grösserer Entschlossenheit die Erhaltung und Festigung des Friedens verteidigen.»

Und das, nachdem die sowjetischen Kriegstreiterkräfte einen Sieg über die unbewaffneten werktätigen Massen errungen hatten. So war das im Jahre 1953. Ist es im Jahre 1983 so anders?

In Polen sind angeblich ausländische Agenten am Werk, und in Afghanistan wird brüderlich gegen «imperialistische Einmischung» gekämpft. So ist die sowjetische Friedenserhaltung am Werk. Nur gehört es inzwischen zum guten Ton, sie insgesamt für glaubwürdig zu halten.



Einige nicht so genannte Konzessionen machten die Sowjets 1953 nachträglich in wirtschaftlichen Belangen. Bald nach dem Aufstand verzichtete die UdSSR der DDR gegenüber auf Kriegsreparationen und gab einige beschlagnahmte Werte frei. In der DDR selbst zog die Regierung ihre Normenerhöhung zurück. *Laszlo Revesz*



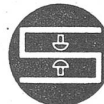
Gedenkstein in der Potsdamer Chaussee

am Autobahnverteiler «Kleeblatt» der Berliner AVUS

«Den russischen Offizieren und Soldaten, die sterben mussten, weil sie sich weigerten, auf die Freiheitskämpfer des 17. Juni zu schiessen.»

Diese Bildpostkarte ist immer aktuell! Erhältlich gegen Voreinsendung des Betrages von DM -50 pro Stück (ab 10 Stück -40) in deutschen Briefmarken, Postgutscheinen oder auf Postcheckkonto «Russland und wir», Frankfurt/M. 208 206-604, «Russland und wir»-Verlag, D-6380 Bad Homburg.

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

City Bank-Anlageplus

5% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!

Mehr Zins – garantierter Zins und Sicherheit

Bis 30. Juni 1983

CITY BANK

Talstrasse 58,
8021 Zürich,
Tel. 01/211 76 11

- die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

- Diese Anlageformel interessiert mich/uns.
- Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.
- Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. _____ (am ehesten um _____ Uhr) in Verbindung setzen?

Name: _____ Vorname: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____
Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich